

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin und Umgebungen monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Straßband 2,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Indem ich die achtgezahlte Nonpareille oder deren Äquivalent 80 Pf., „Meine Zeitung“ das halbebrachte Wert 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf., Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inzerate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die U. S. P. D. und der Friede.

Parteileitung der U. S. P. D., Kontroll-Kommission, Frauen-Reichsausschuß, Bezirksleiter, Redakteure, Fraktion der Nationalversammlung, Vertreter der Fraktion der Preussischen Landesversammlung und Vertreter der Arbeiterräte haben am 11. Mai in einer Konferenz folgenden Beschluß gefaßt:

Der Frieden, den die Entente dem deutschen Volke zumutet, ist ein Gewaltfrieden schlimmster Art. Kein deutsche Bevölkerungsteile, die in staatlicher Gemeinschaft mit dem deutschen Volke leben wollen, werden von ihm gegen ihren Willen losgetrennt. Die Absicht auf die Annexion des Saarbeckens wird kaum noch verhüllt. Der nordöstliche Streifen Ostpreußens mit einer Bevölkerung, die sich eins fühlt mit dem deutschen Volke, wird von ihm losgerissen. Ganz Ostpreußen wird vom Deutschen Reich abgetrennt. Danzig wird zum Schein in einen selbständigen Staat umgewandelt, in Wahrheit gegen den Willen der Bevölkerung dem polnischen Staat ausgeliefert. Auch sonst wird, so in West-, in Ostpreußen, Polen, Schlesien das Selbstbestimmungsrecht mißachtet, dessen Anwendung wir für alle Gebiete fordern. Das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes wird erstickt, das Proletariat vertrieben, die Grundlage neuer Völkerverhältnisse geschaffen. Alle pazifistischen Ideologien sind an dem brutalen Geist des Imperialismus zerstückelt.

Die U. S. P. hat

### den imperialistischen Charakter des Krieges

von vornherein aufgedeckt und, unbeirrt durch Schmähungen und Verfolgungen, in der Presse, in Versammlungen, in den Parlamenten gegen das Verbrechen des rachsüchtigen Massenmordens, gegen die wahnsinnige Vernichtung der Volkskraft und der wirtschaftlichen Werte gekämpft. Sie hat unablässig den Abbruch des Krieges gefordert, als noch keine der kriegsführenden Gruppen das Übergewicht über die andere erlangt hat. Das alte Regime hat, unterstützt von allen Parteien, mit alleiniger Ausnahme der U. S. P., dem russischen und dem rumänischen Volk in Brest-Litowsk und Bukarest Gewaltfrieden unerhörter Art aufgezwungen und dadurch den Haß gegen Deutschland vermehrt. Die gegenwärtige Regierung hat durch

die Wiederaufrichtung des Militarismus das Mißtrauen gegen Deutschland verstärkt. So ist das deutsche Volk in den Abgrund getrieben worden, auf den die U. S. P. immer warnend hingewiesen hat.

Wir haben keine Hoffnung, daß die Entente-Imperialisten, die auf die Friedensverhandlungen den maßgebenden Einfluß haben, die Bedingungen wesentlich erleichtert werden, zumal die Zusammensetzung der Regierung und der Friedensdelegation den anderen Regierungen kein Vertrauen einflößen kann. Selbst wenn bei den eingeleiteten Verhandlungen erhebliche Veränderungen nicht erreicht werden sollten, so bleibt doch letzten Endes nichts anderes übrig, als sich dem Zwange zu fügen und

den Vertrag zu unterzeichnen.

Nichtunterzeichnung bedeutet die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen, die Besetzung unserer Rohstoffgebiete, die Verschärfung der Blockade, bedeutet Arbeitslosigkeit, Hungersnot, Massensterben, bedeutet eine entsetzliche Katastrophe, die erst recht den Zwang zur Unterzeichnung herbeiführt. Es sind die Proletarier, die am fürchterlichsten unter den Folgen zu leiden hätten.

Der Frieden, so hart und drückend er auch immer sein mag, ist die notwendige Voraussetzung für die Lebensmöglichkeit sowie für den Ausbau unseres Gesellschafts- und Wirtschaftslebens im Geiste des revolutionären Proletariats.

Wie der Friede von Brest-Litowsk und Bukarest nur von kurzer Dauer gewesen ist, so wird nach unserer Überzeugung auch der Friede von Versailles durch die revolutionäre Entwicklung zunichte gemacht werden.

Mit Genugtuung stellen wir fest, daß

### die Sozialisten der anderen Länder,

so in England, Frankreich, Italien, Amerika, den Widerstand gegen diesen Gewaltfrieden organisiert haben.

Das Proletariat empfindet es als Hohn, daß das deutsche Volk in der Friedensfrage zur einmütigen Unterstützung einer Regierung aufgefordert wird, die fortgesetzt und sogar noch nach dieser Aufforderung Soldaten gegen Teile dieses Volkes ausbletet und Proletarier in Massen hinmehelt, die die Freiheit durch die ungerechtfertigte Verhängung und Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes preisgibt, die ihr nicht genehme revolutionäre Presse unterdrückt, Gefängnisse, Zuchthäuser und Kriegsgefangenenlager mit politisch Verfolgten füllt und die Kriegserichte gegen das Proletariat wüten läßt.

### Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Seid Euch des Ernstes der Situation bewußt, laßt Euch nicht vom Nationalismus umgarnen, verharret in revolutionärer Entschlossenheit! Rettung kann Euch, kann dem deutschen Volke der Kapitalismus nicht bringen; Euer Heil, das Heil des deutschen Volkes und der ganzen Menschheit beruht auf dem Fortschritt der proletarischen Revolution, die die Welt vom Kapitalismus und seinen Kriegen befreien, den Sozialismus und den Frieden verwirklichen wird.

Auf! Arbeiter aller Länder, schließt Euch zusammen gegen das internationale Kapital! Auf zum lähnen zähen Ringen für die Befreiung der Arbeiterklasse, gegen Kapitalismus und Nationalismus, für Frieden und Sozialismus, für die Weltrevolution!

J. A.:

Das Zentralkomitee der U. S. P. D.

### Standrecht über Leipzig.

Leipzig, 11. Mai.

Heute früh sind Regierungstruppen unter General Maerker von vier Seiten her in Leipzig eingerückt und haben die Stadt ohne Kampf besetzt. Die Stadt ist ruhig, Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Wilhelm II. hat am 4. August 1914 die Aufforderung zum Bürgerfrieden und zur Einigkeit des ganzen Volkes mit dem Versprechen verbunden, daß die Zeit der Drangsalierungen des Volkes beendet werden solle. In der Tat fielen zu Anfang des Krieges wesentliche Beschränkungen der Arbeiterbewegung, Gewerkschaften und Partei konnten sich etwas freier als früher bewegen.

Die Ebert-Scheidemann-Röcke haben am 8. Mai 1919 gleichfalls zum Bürgerfrieden und Einigkeit des Volkes aufgerufen. Während sie aber diesen Aufruf niederschrieben, hatten die weißen Gardien ihr blutiges Sandwerk in München gerade vollendet, standen in Thüringen neue Truppenmassen bereit, um die Arbeiterschaft Leipzigs niederzuwerfen, um auch der dortigen Bevölkerung zu zeigen, was diese Schandregierung unter Einigkeit versteht.

In Leipzig hat bis Sonntag früh musterhafte Ordnung geherrscht. Die Arbeiterschaft, die in ihrer überwältigenden Mehrheit in der unabhängigen Sozialdemokratie ihre Vertretung hat, übte den maßgebenden Einfluß in der Stadt aus. Noch vor vierzehn Tagen ist zur Abhaltung der Messe in Leipzig eine gewaltige Menge von Fabrikanten und Kaufleuten aus ganz Deutschland und dem neutralen Ausland zusammengeströmt, der Verkehr wickelte sich in aller Ordnung ab, nichts störte das bunte Leben dieses Weltmarkts.

Aber gerade diese von den Arbeitern verbürgte Ruhe behagte dem Leipziger Bürgerium nicht. Seit Monaten schon wurde in Leipzig in maßloser Weise gegen den Arbeiterrat gehetzt, man suchte mit allen Mitteln nach Vorwänden, um die Vorherrschaft der Arbeiter zu beseitigen und das alte bürgerliche Wesen wieder zu erneuern. Nach der Lösung des sächsischen Ministers Reuring glaubte die Leipziger Bourgeoisie die Stunde gekommen, in der sie ihr Ziel erreichen konnte. Die rechtssozialistische Regierung von Sachsen kam ihr dabei zur Hilfe, indem sie nicht nur über Dresden, wo die Lösung geschah, sondern gleich über das ganze Land den Belagerungszustand verhängte, ohne daß dazu auch nur der mindeste Grund vorlag. Mit Recht protestierten die Leipziger Arbeiter sofort gegen die Verhängung des Belagerungszustandes, sie erklärten, daß er für sie nicht bestehe, sie ordneten an, daß sich in Leipzig niemand darum zu kümmern brauche. Die sächsische Regierung wandte sich nun an die Reichsregierung und die Ebert und Scheidemann saßen ihren Dresdener Parteifreunden den Gefallen, von Reich wegen den Belagerungszustand über Sachsen zu verhängen, obwohl auch hierfür eine gesetzliche Grundlage nicht besteht. Die Leipziger Arbeiter protestierten aufs neue, sie verlangten wiederum dem Belagerungszustand ihre Anerkennung.

Die Leipziger Bourgeoisie suchte mit verdoppeltem Eifer nach Vorwänden, um die Rotgardien in die Stadt zu führen. Die Universität wurde geschlossen, die Bürgerjüngchen wurden aufgefördert, in das sächsische Grenzjägerskorps einzutreten. Die Leipziger „Neuesten Nachrichten“, die die wütesten Kriegsbegehrten betrieben hatten und sich in den ersten Revolutionstagen den Arbeitern verlaufen wollten, schürten unablässig den Haß gegen das revolutionäre Proletariat. Der Bürgerausschuß sammelte die Bourgeoisie für

Erscheint in Massen zu den Versammlungen am Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr!

Einem Bürgerkrieg. Aus der Studentenchaft wickelte sich eine besondere Clique von Reserveoffizieren zur Förderung der Gegenrevolution. Mit allen Mitteln wurde versucht, eine Pogromstimmung gegen die Arbeiter zu schaffen. Die Leipziger „Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten eine Liste von Geiseln, die der Arbeiterrat angeblich festnehmen und niederdrücken lassen wollte. Die Geiselliste war eine Fälschung, eine Vordrucksarbeit, niemals hat der Arbeiterrat daran gedacht, Geiseln festsetzen zu lassen.

Die bürgerlichen Unruhestifter wurden immer feiner. Als die Gefahr vorüber war, daß die Leipziger Messe gestört werden konnte, begannen sie mit neuen Provokationen. Sie wußten, daß rings um Leipzig große Truppen angesammelt waren, die nur auf das Signal warteten, um in Leipzig einmarschieren zu können. Den Studenten und Gymnasiasten gab man Waffen in die Hand und ließ sie in der Umgegend militärische Übungen abhalten. Sie ließen auf Vorrat Flugblätter drucken, die im Falle eines Generalstreikes verbreitet werden sollten. In einem dieser Schandblätter heißt es von einigen Mitgliedern des Arbeiterrats:

Sie kennen keine Not! Ihnen steht der Arbeitergroßrat in überreichem Maße zu. Sie müssen sich und füllen Ihre Taschen und durch neuen Generalstreik, durch neues Meuterei uns wollen sie zu größerer Macht gelangen. . . . Wer jetzt das Wort Generalstreik in den Mund nimmt, ist ein Feind der Arbeiterschaft, ihm gehört ein fester Gegenstand zwischen die Zähne.

Das ist also eine blanke Aufhebung zum Pogrom an der Arbeiterschaft und ihren Führern, eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten. Als Verfasser dieses Flugblattes wurde der Planenleutnant von Pressendorf ermittelt, der unter Führung eines Hofrats die Verbreitung dieses Flugblattes und noch anderer Heftchriften organisierte.

Der Wunsch der Leipziger Bourgeoisie ist nun in Erfüllung gegangen. Ohne daß die geringste Veranlassung vorlag, sind Sonntag morgen die Moskauergruppen in Leipzig einmarschiert. Der Hauptbahnhof wurde besetzt und mit Maschinengewehren besetzt. Transportzug auf Transportzug ist im Anrollen auf Leipzig. Artillerie, Tanks, Maschinengewehre, Kraftwagen, Minenwerfer, Flammenwerfer, alle Mittel des modernen Krieges werden in riesigen Mengen in die Stadt geschickt.

Aber nicht genug damit. Der amtliche, oben wiedergegebene Bericht stellt ausdrücklich fest, daß die Ruhe nicht gestört und daß es zu keinerlei Zwischenfällen gekommen sei. Trotzdem aber ließ General Maerker durch Flugzeuge Flugblätter über die Stadt abwerfen, in denen mitgeteilt wurde, daß über Leipzig das Ständrecht verhängt, daß die „Rote Fahne“ und die „Leipziger Volkszeitung“ verboten sind. Gleichzeitig wurde die Auflösung der Sicherheitstruppen verfügt, obwohl diese bisher im Einverständnis mit dem sächsischen Kriegsministerium ihren Dienst leisteten. Aber es waren Sozialdemokraten darunter, und die sind den Moskogenossen eben so wie in Berlin so auch in Leipzig nicht zuverlässig genug.

Die Vertrauensleute der Arbeiterschaft hatten schon vor etwa einer Woche beschlossen, wenn die Moskogarden nach Leipzig kommen sollten, sofort in den Generalstreik einzutreten. Es ist damit zu rechnen, daß schon von Montag früh an dieser Parole einmütige Folge gegeben wird.

Wir brauchen dieser fadischen Schilderung der Vorgänge nicht viel hinzuzufügen. Dem jetzt noch nicht die Erkenntnis dafür gekommen ist, daß diese Regierung eine Schmach und eine Schande für das deutsche Volk ist, dem ist wahrlich nicht zu helfen. Die Rippen der Ebert-Scheidemann-Moske fliehen von Thrasen von der Einigkeit des ganzen Volkes über, zugleich aber bieten sie den ganzen wilhelminischen Kriegsapparat auf, um die Arbeiterschaft niederzuschlagen. Sie mahnen das deutsche Volk, sich voller Vertrauen hinter sie zu scharen, Ruhe und Ordnung zu halten; zugleich aber lassen sie die Soldateska im Lande hauen, verbreiten sie Schrecken über die Industriestätten, schaffen immer neue Gelegenheiten, um die Arbeiterschaft zu Hunderten und zu Tausenden niederzumeheln.

Der deutsche Militarismus hat den Ausbruch des Weltkrieges verursacht, er ist schuld an dem Elend, das über das deutsche Volk hereingebrochen ist, er hat die schweren Friedensbedingungen veranlaßt, die wir jetzt unterzeichnen müssen. Und während die deutsche Regierung das Ausland glauben machen will, ungünstigere Friedensbedingungen zu erreichen, daß der Militarismus tot sei, lebt er in Wirklichkeit so kräftig wie nur je, haben die Generale die wirkliche Macht in Händen, üben die Militärs ihr kriegerisches Handwerk in immer umfassenderer Weise aus.

So wird der Einmarsch in Leipzig gerade im jetzigen Augenblick im Innern wie im Ausland die verhängnisvollsten Wirkungen auslösen!

## Heimholung der Deutschen aus Riga, Reval und Libau.

Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Nach langen vergeblichen Bitten und wiederholten Vorstellungen haben die Alliierten nunmehr am 9. Mai die Entsendung des Dampfers „Oise“ nach Riga genehmigt, der die dort in verzeigerlicher Lage befindlichen Deutschen zurückzuführen soll. Ferner haben die Verbündeten dem deutschen Ersuchen zugestimmt, den Dampfer „Hannover“ nach Reval und Libau schicken zu dürfen, um die zurückgelassenen deutschen Angehörigen und die Deutsch-Balten abzuholen.

## Wer lügt?

Die „Pol. Post. Radr.“ geben ein Telegramm aus Versailles wieder, das sich in schärfster Weise gegen den Korrespondenten der „Neuen Berliner“ wendet, dessen Unterredung mit den Ministern Landsberg und Lieberich wir in unserer Donnerstagsausgabe wiedergaben. Feiner der genannten Delegierten, heißt es in dem Dementi, habe dem betreffenden Korrespondenten eine Unterredung gewährt. Daraus kommt es gar nicht an. Wesentlich ist, ob sich die genannten Minister so geäußert haben, wie in dem genannten Bericht geschildert wird. Darüber geht das Dementi mit Stillgewissen hinweg und mit Recht, denn gleichzeitig mit der „Neuen Berliner“ veröffentlichte die „Deutsche Tageszeitung“ einen Bericht

über Korrespondenten zu Schwerin, wonach im Minister Lieberich genau in dem wiedergegebenen Sinne geäußert hat. Die Lügenpraxis des amtlichen Dementierapparats blüht also unverändert fort.

## Clemenceaus Antwort.

Zu Verhandlungen bereit.

Die Note der deutschen Friedensdelegation über die allgemeine Beurteilung des Friedensentwurfes wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet:

„Herr Vorsitzender! Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, welche die Bemerkungen der deutschen Bevollmächtigten zum Text der Friedensbedingungen enthält. In Beantwortung dieser Mitteilung möchten sie die deutsche Delegation daran erinnern, daß sie sich bei der Festsetzung der Vertragsbestimmungen ständig von den Grundsätzen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind.

Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Erörterung ihres Rechtes zulassen, die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens, so wie sie sie festgesetzt haben, aufrecht zu erhalten. Sie können nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen, die die deutschen Bevollmächtigten ihnen etwa zu unterbreiten haben. Genehmigen Sie usw.“

Offiziell wird zu dieser Antwort bemerkt:

Diese Antwort enthält, obwohl sie formell jede grundsätzliche Erörterung des Friedensentwurfes abzulehnen scheint, tatsächlich eine erneute Festlegung auf die Vereinbarung vom 5. Oktober — 5. November v. J. Außerdem legt sie praktische Vorschläge zu Verhandlungen über die einzelnen Kapitel des Friedensentwurfes nahe. Daß solche Verhandlungen beabsichtigt sind, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die Cognet am 10. Mai eine größere Anzahl von Druckexemplaren unserer Vorschläge zum Völkerbund und zum Arbeiterrecht erbeten haben.

## Die Antwort auf die Note über den Völkerbund.

Auf die Note über den Völkerbund hat Clemenceau geantwortet:

„Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des deutschen Entwurfes eines Völkerbundes zu bestätigen. Der Entwurf wird der zukünftigen Kommission, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet ist, übermittleit werden. Die deutschen Delegierten werden durch eine neue Prüfung der Völkerbundsbedingungen feststellen können, daß die Frage der Zulassung neuer Mitglieder in diesen Bund nicht übersehen, sondern ausdrücklich im zweiten Absatz des ersten Artikels vorgesehen ist. Genehmigen Sie usw.“

Hierzu wird offiziell bemerkt:

Diese Antwort umgibt den Kernpunkt unserer Frage, der sich darauf bezog, daß Deutschland eine Bundesjahung als Teil des Gesamtvertrages unterzeichnen soll, obwohl es weder als ursprüngliches, noch als eingeladenes Mitglied dem Bunde angehört.

In Ausführung der in der ersten Antwort enthaltenen Aufforderung werden heute praktische Fragen und Bemerkungen übergeben werden, die auf die territorialen Abtretungen Bezug haben.

## Zwei deutsche Noten.

Versailles, 10. Mai.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau hat heute folgende Noten an den Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau gerichtet:

### Die Auslieferung der Kriegsgefangenen.

Versailles, den 10. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat mit Befriedigung in dem ihr übergebenen Vertragsentwurf von der Anerkennung des Grundsatzes einer mit größter Beschleunigung auszuführenden Heimendung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen Kenntnis genommen.

Es entspricht der Auffassung der deutschen Friedensdelegation, die Einzelheiten über die Durchführung dieser Fragen an eine besondere Kommission zu verweisen. Unmittelbare mündliche Ausreden zwischen den Kommissionen fast aller kriegsführenden Staaten in Gefangenensfragen haben sich auch schon während der Feindseligkeiten als der zweckmäßigste Weg zur Klärung der Schwierigkeiten erwiesen; um so leichter sollte es jetzt sein. Verschiedenheiten der Auffassung oder Unklarheiten in einzelnen Punkten zu beseitigen; beispielsweise hält die deutsche Friedensdelegation mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Rechtsauffassung in den einzelnen Ländern die grundsätzliche Einbeziehung auch derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen, die sich wegen anderer als disziplinärer Vergehen in Untersuchung- oder Strafkraft befinden, in die bedingungslose Heimendung für unerlässlich; Deutschland hat bei den in seiner Hand befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen der alliierten und assoziierten Mächte den gleichen Grundsatze anerkannt. Die Vereinbarung gewisser Erleichterungen für die Kriegs- und Zivilgefangenen bis zu ihrem Abtransport erscheint der deutschen Friedensdelegation aus Billigkeitsgründen selbstverständlich.

Im übrigen hat die deutsche Friedensdelegation die Aufstellung einzelner Bestimmungen einseitig zugunsten der alliierten und assoziierten Regierungen feststellen müssen, z. B. bei der Herausgabe persönlichen Eigentums, bei der Nachforschung über Vermisste sowie bei der Fürsorge für die Grabstätten. Sie nimmt an, daß bei diesen Fragen die völlige Gegenseitigkeit eine aus den allgemeinen Menschenrechten zu begründende Forderung ist.

Wegen der großen Schwierigkeit der technischen Durchführung der Heimholung der Kriegs- und Zivilgefangenen, namentlich mangels mit größter Wert darauf gelegt werden, daß alle Vorklagen bis zum endgültigen Beginne des Abtransportes bereits geklärt sind. Die deutsche Friedensdelegation schlägt daher vor, die kommissarischen Beratungen über

Kriegs- und Zivilgefangene bereits jetzt zu trennen von dem übrigen Fragenkomplex der Friedensverhandlungen. Dieser Vorschlag gründet sich in erster Linie darauf, daß viele Tausende deutsche Kriegs- und Zivilgefangene sich noch in überseeischen Ländern befinden; auch denkt die deutsche Friedensdelegation in diesem Zusammenhang an die noch in Sibirien befindlichen Deutschen, deren Abtransport nicht nur besonders dringlich, sondern auch überaus schwierig erscheint.

Aus innerpolitischen Gründen muß deutscherseits großer Wert darauf gelegt werden, daß die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in möglichst geordneter Weise in die Heimat zurückkehren und dort mit größter Beschleunigung dem Wirtschaftsleben wieder zugeführt werden. Dies erscheint nur möglich, wenn, abgesehen von der genauen Regelung der Transporte, alles geschieht, um die seelische und körperliche Verfassung der Heimkehrenden zu heben. Da der deutsche Wirtschaftslage ist es für Deutschland unmöglich, die erforderlichen Garantien aus eigener Kraft zu schaffen. Hierbei kommt namentlich die Ernährung und die Bekleidung in Betracht. Die deutsche Friedensdelegation hält es für zweckmäßig, wenn sich die Kommissionsberatungen hierauf auf die Frage erstrecken würden, inwiefern es möglich wäre, von seiten der alliierten und assoziierten Regierungen Deutschland in diesen Fragen zu helfen und gegen Erstattung der Kosten beispielsweise eine völlige Reueinleitung mit Unter- und Zivilbevölkerung sowie mit Schutz vor ihrem Abtransport vorzunehmen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

gez. Brockdorff-Rantzau.

## Das internationale Arbeiterrecht.

Versailles, den 10. Mai 1919.

Herr Präsident!

Unter Bezugnahme auf die Artikel 55 und 56 der überreichten Vorschläge für die Errichtung eines Völkerbundes beehren wir uns, den von der deutschen Regierung aufgestellten Entwurf eines Abkommens über internationales Arbeiterrecht zu unterbreiten.

Die Note weist dann darauf hin, daß die Forderungen der Arbeiter aller Länder nur zum Teil in dem Entwurf der Entente über die Friedensbedingungen anerkannt worden seien und führt fort:

Wir halten es für notwendig, daß sämtliche Staaten dem Abkommen beitreten, auch wenn sie dem Völkerbunde nicht angehören.

Um den Arbeitern, für welche die vorgeschlagenen Verbesserungen bestimmt sind, die Mitwirkung an der Gestaltung dieser Bestimmungen zu sichern, hält die deutsche Delegation es für notwendig, zur Beratung und Beschlußfassung über das internationale Arbeiterrecht noch während der Friedensverhandlungen Vertreter der Landesorganisationen der Arbeitergewerkschaften aller vertragsschließenden Länder zu einer Konferenz nach Versailles zu berufen.

Die deutsche Delegation hält es für zweckdienlich, den Verhandlungen dieser Konferenz auch die von den Beschäftigten der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Lausanne 1916 ausgehenden Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern (5. bis 9. Februar 1919; Programm für die internationale Arbeitergesetzgebung an die Friedenskonferenz in Paris) zugrunde zu legen. Im Auszuge der Gewerkschaften Deutschlands fügen wir einen Abdruck dieser Beschlüsse bei, die angenommen worden sind von Vertretern der gewerkschaftlichen Organisationen in Dänemark, Bulgarien, Rumänien, Deutschland, England, Frankreich, Griechenland, Italien, Kanada, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Spanien und Ungarn.

Genehmigen Sie Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Brockdorff-Rantzau.

Die Anlage zu vorstehender Note hat folgenden Wortlaut:

Zu dem Inhalt der Note sei folgendes bemerkt: Der Gedanke, daß der Friedensvertrag, der den Krieg beenden werde, zugleich der Arbeiterklasse aller Länder, ein Mindestmaß von Schutz gewähren müsse, hat im Verlaufe des Krieges mehrfach bei internationalen Gewerkschaftskonferenzen Ausdruck gefunden. So auf der Konferenz der britischen, französischen, italienischen und belgischen Gewerkschaften in Bern im Juli 1916. Ihr folgte die Konferenz in Bern im Oktober 1917, auf der die Landesorganisationen der Gewerkschaften Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns, Böhmens, Bulgariens, von Dänemark, Norwegen, Schweden, den Niederlanden und der Schweiz vertreten waren. Endlich hat die in der Note erwähnte Konferenz in Bern, die zum ersten Male wieder Vertreter der Gewerkschaften der bisher feindlichen Staaten zusammenschloß, im wesentlichen folgende Programmpunkte aufgestellt, die zum größten Teile in Deutschland bereits verwirklicht sind:

Obligatorische Durchführung der allgemeinen Schutzpflicht in allen Ländern, Einführung der allgemeinen Arbeitsschutzgesetze, Verbot der Erwerbstätigkeit für Kinder unter 15 Jahren, Beschränkung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen an Sonnabenden auf vier Stunden, Verbot der Beschäftigung von Frauen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben, Schutzbestimmungen für Frauen vor und nach der Niederkunft, Einführung der Mutterschaftsversicherung, Festsetzung der Arbeitszeit für alle Arbeiter auf acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich, grundsätzliche Verbot der Nachtarbeit, grundsätzliche Gewährung einer zusammenhängenden Ruhepause von mindestens 36 Stunden wöchentlich, Obergrenzung der Arbeitsdauer in gesundheitsgefährlichen Betrieben auf weniger als acht Stunden, Ausdehnung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf die Heimindustrie, Verbot der Heimarbeit für gesundheitsgefährliche Arbeiten, ebenso für die Herstellung von Lebens- und Genussmitteln einschließlich der Verpackung, Gewährung des freien Koalitionsrechtes, bei eingewanderten Arbeiter die gleichen Rechte hinsichtlich der Teilnahme und Betätigung in der gewerkschaftlichen Organisation genießen sollen, wie die einheimischen. Die ausländischen Arbeiter sollen Anspruch auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen haben, die von der Gewerkschaftsorganisation mit den Arbeitgebern ihres Berufes vereinbart sind. Auswanderungsverbote sollen unzulässig sein, ebenso mit gewissen Ausnahmen Einwanderungsverbote, Errichtung von Wohnheimen, Ausbau des Arbeitsschutzrechtes, Gewährung gegen Arbeitslosigkeit, gegen Krankheit und Betriebsunfälle, Einführung der Invaliden- und Unfallversicherungen. Alle Versicherungen sollen sich auf in- und ausländische Arbeiter in gleicher Weise erstrecken. Einführung eines internationalen Seemannsrechtes und Seemannsarbeit unter Aufsicht der Organisation der Seemannsarbeit.



Lebensmittelkatalog.

Wienberg. (Woche ab 12. Mai.) Inländischer Grogg ohne...

Wilmersdorf. Vom 12. bis 18. Mai 1919: Verteilung des...

Weg. 12. bis 18. Mai. G. B. L. R.: Abschnitt 20: 100 Gramm...

Treppel verteilt außer den üblichen Rationen: 200 Gramm...

Strolch. Am Sonnabend, den 17. Mai: auf Abschnitt 10 der...

Rommes. Die Kartoffelhandlung wird neu angelegt. Die...

abgegeben werden. - Am Dienstag, den 12. d. M., findet bei...

Oberhörsfelde. Kommende Woche werden ausgegeben: gegen...

Niederhörsfelde. Die Buttermenge beträgt 40 Gramm, Morgen...

Treppel. Abschnitt 21 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte:

Pankow. Auf Abschnitt 28 der Pankower Lebensmittelkarte...

Spandau. Von Montag ab auf Feld 242 der Lebensmittelkarte...

Wilmersdorf. In der Woche vom 12. bis 18. Mai wird ausgege...

Wilmersdorf. Die Anmeldung der Abgabe...

Aus den Organisationen.

Erster Kreis. Der nächste Jahreshand findet am Mittwoch...

Wilmersdorf. Der Ueberzug von unferter...

Niederhörsfelde. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, Mittelschule...

Arbeiterbildungsausschuss. Dienstag, abends 8 Uhr,...

Wahlung. Sonntag, abends 8 Uhr, im Saal des...

Freie Jugend Groß-Berlin. Heute abends 7 1/2 Uhr...

Freie Jugend. Dienstag, abends 8 Uhr, im Saal...

Freie sozialistische Jugend. Freitag, abends 8 Uhr...

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein Kinoapparat im Handhoffer. Die Gigantic-Film...

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wieland...

Theater und Vergnügen.

Volkstheater. Theater am...

Opernhaus. 4 Uhr: Carmen.

Schauspielhaus. 7 Uhr: Peer Gynt.

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater...

Kammerspiele. 7 Uhr: Der Star.

Kleines Schauspielhaus. 7 Uhr: D. Heine & Pander.

Direktion G. Kahler - L. Bernauer. Theater 1. d. Königsgrüßer Straße...

Romödenhaus. Montag: Der Vater.

Berliner Theater. Montag bis Freitag: 7 1/2 Uhr...

Lossing-Theater. Direkt. Victor Barnowsky. Montag: Die Irre.

Deutsches Kinder-Theat. 4 Uhr: Liebe.

Neues Operettenhaus. Schillerstraße 44 Nordend. Täglich abends...

Theater am Nollendorfplatz. 7 Uhr: Wo die Lerche singt.

Rose-Theater. 4 Uhr: Kleine Slawia.

Walhalla-Theater. 4 Uhr: Der Jäger aus Kaplitz.

Casino-Theater. Lohninger Str. 37, Theat. 7 1/2 Uhr: Vater Knolle.

Wintergarten. Täglich 7 1/2 Uhr. Varietevorstellung.

Theater a. Kolonnen Tor.

Elite-Sänger. 8 Uhr: Die...

Pianos. Pianohaus Max Becker.

Klavier. oder Flügel, eventuell...

Mantel, Laute, Gitarre. Wandermantel...

Damenschneiderei. Neuherstellung von Kleidern...

Edelmetalleinkauf. Platinabfälle, Zahngelbte...

Großen Erfolg. haben selbst die Kleinen Anzeigen in der „Freiheit“.

Achtung! Gastwirte! Gutbesitzer! Kapitalisten!

Hauskino-Apparat. mit Jahresabonnements der Gigantic...

Gastwirte! Nutzt eure Säle selbst aus!

Apparat kostlos, nach drei Jahren...

Gigantic Film-Apparat - Aktionsgesellschaft.

Wichtig! Unentbehrlich! Gut empfindlich...

Die herglichen Glückwünsche...

Gustav Krahnert. Die Parteigenossen des Ortsvereins...

Frau Budack. Die Beerdigung findet am Montag...

Spezial-Arzt Dr. med. Grütering. Invalidenstraße 33.

„Wahrheit“. Moritzplatz 88a. Rechtschaffen, Ehrlich...

U. S. P. D. Ortsgruppe Berlin-Wilmersdorf. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Ortsgruppe Berlin-Wilmersdorf. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg. Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr...

U. S. P. D. Charlottenburg.

Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr, im großen Saal des Volkshauses.

Öffentliche Volksversammlung.

Genosse Redakteur U. Stein spricht über: Unsere Stellung zum Gewaltskeden.

Bei Ueberfüllung dieser Versammlung findet eine zweite Versammlung in einem anderen Lokal statt.

U. S. P. D. Ortsgruppe Berlin-Wilmersdorf.

Dienstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr: Öffentliche Volksversammlung.

Thema: Der Gewaltskeden und der revolutionäre Sozialismus.

Freitag, den 16. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Goethe-Schule.

Die Revolution in Berlin.

Lichtbilder-Vortrag des Genossen Hans Siemsen mit Originalaufnahmen aus den Berliner Straßenkämpfen.

Billets im Vorverkauf à 1 R. beim Vorstand und bei allen Funktionären der U. S. P. D., in der Freiheitspedition Gieselerstr. 25, im Restaurant: Piche, Paulaborner Straße 26, Restaurant Schilling, Raumburger Straße 21.

Kleine Anzeigen.

Kupfer. 2000 Metallabfälle, 2000 Kupfer...

Platin Silber! zu Original - Schmelzpreisen...

Messing. Opaeküberl! Zwei Ständige Metallabfälle...

Umtausch. Umtausch. Umtausch. Umtausch.

Umtausch. Umtausch. Umtausch. Umtausch.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Generalversammlung. Montag, den 12. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Aula der...

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl zum Vorstand...

Platinabfälle Goldbruch. Silberbruch. Silberbruch...

Metallbetten. schwarze, braune, weiße, angusstraße 22, partier.

Küchen. moderne, alte, neue, Riese-Anzahl, wertvoll, Lützowstr. 11, 11.

2 Bettelbetten. 2 Bettelbetten. 2 Bettelbetten.

Werkzeug! 8. Gerücker, Fortschritt 11 (Sprecher, Sander)...

Landrichter außerordentlich. Rechtsbeistand, Prozessführung...

Mingerichtet sind die Augen aller auf die Rechtsdetektor „Wahrheit“...

Umbeltrieb an jedem Baum. Kleiner, großer, mittelgroßer...

Vorleben gewonnen und neue Möbel verkauft billiger...

Holzräder. Holzräder. Holzräder.

Herrnverkleidung. Herrenverkleidung. Herrenverkleidung.

Kleiderverkleidung. Kleiderverkleidung. Kleiderverkleidung.

Herrenverkleidung. Herrenverkleidung. Herrenverkleidung.

Kleiderverkleidung. Kleiderverkleidung. Kleiderverkleidung.

Herrenverkleidung. Herrenverkleidung. Herrenverkleidung.